

## Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 11/2019



Liebe Leserin, lieber Leser,

in meinem letzten Newsletter habe ich an dieser Stelle das parteiinterne Bewerbungsverfahren um den Parteivorsitz und auch die vielen und vielseitigen Teams gelobt. Nach der ersten Runde wissen wir nun, dass ein Team mit NRW-Beteiligung, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, sehr gute Chancen hat, im Dezember in Berlin auf dem Bundesparteitag für den Vorsitz zu kandidieren. Wir wissen aber auch, dass gerade einmal die Hälfte unserer Genoss\*innen an dieser Befragung teilgenommen hat. Dieser Umstand lässt mich etwas ratlos zurück. Keine andere Personalentscheidung in den letzten Jahren ist so wichtig für die Zukunft unserer Partei wie diese. Es geht nicht nur um die Frage, wer zukünftig an der Spitze der Sozialdemokratie steht. Es geht auch darum, welche Inhalte wir wieder in die politische Waagschale legen. Für mich stehen dabei Themen wie Verteilungsgerechtigkeit, ein Ende der schwarzen Null und eine nachhaltige und soziale Klimapolitik ganz oben auf der Prioritätenliste. Deshalb werde ich aus Überzeugung und auch aufgrund persönlicher Sympathie erneut für Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans stimmen. Ich bitte alle Genoss\*innen, an der Stichwahl teilzunehmen, damit von unserem Parteitag im Dezember ein starkes Signal für einen Neuanfang ausgehen kann – mit ordentlicher Rückendeckung und Solidarität für die neuen Vorsitzenden.

Auch vor Ort im Wahlkreis und in den Städten des Unterbezirks beginnt mit den Vorbereitungen für die Kommunalwahl die Suche nach Kandidat\*innen. Leider ist davon auszugehen, dass wir es vielerorts nicht schaffen werden, genauso viele Frauen wie Männer zu motivieren, für den Rat oder den Kreistag zu kandidieren. Trotzdem oder gerade deshalb werden wir gemeinsam mit den Grünen im Landtag ein Parité-Gesetz einbringen, das Parteien verpflichten soll, mit quotierten Listen bei Wahlen anzutreten. Es ist sicherlich noch Zukunftsmusik, aber eine von mehreren Optionen, die wir auch in der Enquete-Kommission „Zur Stärkung der Demokratie“ diskutieren, um Frauen den Weg in politische Ämter zu ebnen und zu verbreitern.

Glück auf,  
eure/Ihre Nadja Büteführ

## Düsseldorf

**Expertenanhörung entlarvt Haushalt 2020** Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags hat sich in einer Expertenanhörung mit dem Haushaltsentwurf 2020 des Landes NRW befasst. Mit ihrem Entwurf zeigt die Regierung Laschet, dass sie notwendige Bedarfe in NRW ignoriert. Außerdem dokumentiert der Etatentwurf die gebrochenen Versprechen von CDU und FDP, wie die massive Kritik der Experten von Gewerkschaften, Kommunal- und Sozialverbänden an dem Zahlenwerk belegt. Altschuldenlösung für Kommunen, Sozialindex für Schulen, bessere Unterstützung für Studierende bis hin zur Finanzierung der Integration: Sie alle sind nicht im Haushalt hinterlegt und an genau diese zentralen Wahlversprechen von CDU und FDP erinnerten die Expert\*innen. Hier muss die Regierung endlich handeln. Erschreckend waren die vorgebrachten Beispiele der Betroffenen in der Anhörung. Sie reichten von notwendigen Investitionen am maroden Rechenzentrum der Finanzverwaltung bis hin zur katastrophalen Wohnsituation für Studierende. Dass die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Investitionsquote senken will, ist fahrlässig. Im Zukunftsbereich Digitalisierung wurde besonders deutlich, wie weit Reden und Handeln bei der Regierung Laschet auseinanderfallen: Während der Ministerpräsident auf dem Digitalgipfel Sonntagsreden zur Wichtigkeit von Investitionen in diesem Bereich hält, kritisieren die Sachverständigen, dass im Haushalt entsprechende Mittel gestrichen werden und es an einem Handlungskonzept fehlt.

**Olympia 2032: Klatschen reicht nicht, Herr Laschet** Nach den Berlin-Festspielen für die Rhein-Ruhr Olympic City-Initiative von Michael Mronz beginnt für Ministerpräsident Armin Laschet nun wieder der politische Alltag. Und der ist für ihn mit viel Arbeit verbunden, wenn er der Initiative wirklich zum Erfolg verhelfen will. Bisher besteht sein Engagement für Olympische Spiele in NRW allein darin, der privaten Initiative von Michael Mronz eine Bühne zu bieten. Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung einer möglichen Bewerbung – insbesondere finanzieller Art – hat die Landesregierung bisher nicht erkennen lassen. Stattdessen ruft der Ministerpräsident lauthals nach Berlin und fordert vom Bund finanzielle Garantien. Nicht immer nach Berlin rufen; das hat Ministerpräsident Laschet selbst einmal als Maxime ausgegeben. Daran halten will er sich aber offenbar nicht. Anstatt seinen politischen Willen dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass die Landesregierung eine Bewerbung Nordrhein-Westfalens für Olympische Spiele 2032 auch finanziell unterstützen will, stellt er sich in die Fan-Kurve und bejubelt das Engagement von Michael Mronz. Das reicht aber nicht. Die private Initiative von Herrn Mronz kann nicht endgültig klären, ob sich NRW bewerben will. Da muss politischer Gestaltungswille zum Tragen kommen. Herr Laschet muss endlich Farbe bekennen. Auch die Kommunen, die als Austragungsorte geplant sind, wollen



wissen, welchen finanziellen Beitrag das Land für eine Bewerbung leisten will. Bisher findet sich dazu in den Haushaltsplanungen des Finanzministers aber kein einziger Cent. Nicht einmal eine Machbarkeitsstudie ist etatisiert.

Die SPD-Fraktion wird deshalb in den Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag für eine solche Studie einbringen, die aufzeigen soll, ob und wie nachhaltige Spiele zum Wohle und Nutzen des Landes und der Menschen in NRW realisiert werden können.

**Kommission zur Stärkung der Demokratie — Eine Halbzeitbilanz** Ein Jahr nach ihrer Einsetzung nähert sich die Enquetekommission des Landtages „Zur Stärkung der Demokratie“ dem Ende der ersten Halbzeit. Eine gute Gelegenheit für Rainer Bovermann und mich, als Sprecher der SPD-Fraktion in der Kommission, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Enquete hat zunächst intensiv die Frage diskutiert, wie das kommunalpolitische Ehrenamt gestärkt werden kann. Dabei ist für uns die Gewinnung junger Menschen und insbesondere von Frauen für die Kommunalpolitik von zentraler Bedeutung – beispielsweise durch die Einbindung der Wahlen zu den Kinder- und Jugendparlamenten in den Politikunterricht, die Entschlackung des kommunalpolitischen Ehrenamts durch kürzere Sitzungszeiten oder die Einführung eines sogenannten [Parité-Gesetzes](#), das nur Parteien mit quotierten Listen an Wahlen teilnehmen lässt. Aktuell beschäftigt sich die Kommission mit der Förderung der Teilhabe an der Politik. Viele Menschen möchten sich nicht nur alle vier



oder fünf Jahre an Wahlen, sondern unmittelbar und kurzfristig an konkreten Projekten beteiligen. Dabei sollen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden. Ein Vorschlag sieht Beratungsgremien aus Bürgerinnen und Bürgern vor, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden und somit repräsentativ sind. Ein

zentrales Anliegen ist uns beiden vor allem die Stärkung der politischen Bildung, da sie die Grundlage für politisches Engagement schafft. Es gibt viele Institutionen in NRW, die im Bereich der Demokratieerziehung hervorragende Arbeit leisten. Ebenso gibt es viele zivilgesellschaftliche Akteure, die insbesondere auf kommunaler Ebene die Demokratie in unserer Gesellschaft festigen. Sie alle brauchen die nötige finanzielle Sicherheit für ihre Arbeit. Ein Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion NRW für ein Demokratiefördergesetz, das die finanziellen Mittel zur Demokratieförderung verstetigen sollte, fand leider bisher keine Mehrheit. Ein fatales Zeichen in Zeiten, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt immer mehr erodiert und das politische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zunehmend von Bedrohungen und Angriffen überschattet wird.

Als Unverfrorenheit und als Affront empfinden wir die Entscheidung der AfD-Fraktion im Landtag NRW, einen Aktivistin der Identitären Bewegung als Mitarbeiter für die Enquetekommission III zu beschäftigen. Die Identitäre Bewegung wurde im Juli 2019 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft und wird

nachrichtendienstlich überwacht. Sie gilt als völkisch orientierte Gruppierung, die eine kulturelle „Reinhaltung“ der Gesellschaft anstrebt und dies seit einigen Jahren auch durch Aktionen im Ennepe-Ruhr-Kreis propagiert. Die AfD-Fraktion offenbart somit, dass ihr Demokratieverständnis im Widerspruch zu den Werten unseres Grundgesetzes und der unantastbaren Würde eines jeden Menschen steht. Ihre Mitarbeit in dieser Kommission ist in unseren Augen scheinheilig und entbehrlich.

**Semesterferien der anderen Art** Für anderthalb Monate durfte der Student und langjährig aktive Wittener Juso Christopher Fahsold im Rahmen seines Studienpraktikums Einblick in meine Arbeit als Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag nehmen. Und der prominent am Rhein gelegene Arbeitsplatz hat um Einiges mehr zu bieten als nur eine schöne Aussicht – das ist zumindest Christophers Meinung nach sechs Wochen im Landtag, in denen er ganz schön viel herumgekommen ist. [Hier](#) lest ihr seinen Bericht.



**(Keine) Sperrklausel für kommunale Räte** Mit einer Presseinformation ließ Kommunalministerin Ina Scharrenbach mitteilen, dass ein Gutachten in ihrem Auftrag zu dem Ergebnis gekommen ist, dass kein erneuter Anlauf zur Begründung für eine Sperrklausel bei Kommunalwahlen genommen werden soll. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion macht es sich Frau Scharrenbach zu leicht. Das Problem der Zersplitterung und Funktionsstörung der Räte lässt sich nicht mit einem Federstrich in Form eines Gutachtens lösen. Auf die Tatsache, dass es immer schwieriger wird, Menschen für Mandate in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen zu gewinnen, gibt sie keine Antwort. Der Verfassungsgerichtshof hat vor einigen Jahren klargestellt, der Landtag könne in Zukunft sehr wohl zu der Einschätzung gelangen, dass wegen veränderter Umstände die Einführung einer Sperrklausel gerechtfertigt sein kann. Wir plädieren daher dafür, den Ausgang der Kommunalwahlen im Jahr 2020 abzuwarten und auf dieser Basis gemeinsam mit dem Landtag die Situation neu zu bewerten und zu einer tragfähigen Lösung zu kommen. Die Sperrklausel ist seinerzeit aus dem Landtag entwickelt und mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen verabschiedet worden. Das neuerliche Gutachten ist dem Landtag nicht bekannt. Warum eine solche Entscheidung im Alleingang ohne Information und Abstimmung mit dem Parlament getroffen werden sollte, bleibt das Geheimnis von Frau Scharrenbach. Wir werden dies im Landtag zum Thema machen. Denn die Frage, wie das Wahlrecht ausgestaltet ist, ist keine, die man nebenbei in einer Pressemitteilung klärt.

**Junge Menschen nicht weiter von politischer Beteiligung ausschließen** Der Landtag beschäftigte sich kürzlich im Rahmen einer Sachverständigenanhörung mit der Herabsenkung des Wahlalters in NRW auf 16 Jahre. Der Anhörung liegt ein [Gesetzentwurf](#) der SPD-Landtagsfraktion zu Grunde, durch eine Änderung des Artikel 31 Absatz 2 der Landesverfassung das Wahlalter für das aktive Wahlrecht für die Wahl des Landtags NRW von 18 auf 16 Jahre zu senken.

Wir erleben derzeit eine zunehmende Politisierung junger Menschen in Deutschland. Die Jugendlichen gehen zu Tausenden auf die Straße, um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen oder bringen sich in den kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten ein. Da ist es nur konsequent, die gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten und die politische Teilhabe von Jugendlichen zu stärken. Die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen in NRW auf 16 Jahre war bereits Gegenstand der Beratungen der Verfassungskommission in der vergangenen Legislaturperiode sowie eines Antrags an das Plenum. Leider sind diese Initiativen in beiden Gremien stets an den Fraktionen von CDU und FDP gescheitert, da für Verfassungsänderungen eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist.

Es wäre blanker Hohn, wenn sich die auf Antrag der CDU eingesetzte Enquete-Kommission des Landtags NRW seit nunmehr einem Jahr mit der Frage beschäftigt, wie die politische Partizipation der Menschen in NRW, insbesondere der jungen Menschen, gestärkt werden kann, während gleichzeitig durch eine weitere Verweigerungshaltung von CDU und FDP in der Frage der Herabsetzung des Wahlalters eine ganze Generation von der politischen Beteiligung ausgeschlossen wird.

Wir freuen uns sehr, dass unser Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Wahlalters in NRW durch die Sachverständigenanhörung, zu der unter anderem der Landesjugendring NRW, die Landeschüler\*innenvertretung NRW sowie ein Vertreter von Fridays for future eingeladen waren, Unterstützung bekommt und hoffen, dass dieser neue Anlauf Erfolg hat. Die Stellungnahmen der Sachverständigen jedenfalls waren nahezu einhellig positiv.

## Witten und Herdecke

**191. Seniorenfrühstück in Annen** Jeden ersten Dienstag im Monat trifft sich die Seniorengruppe des SPD-Ortsvereins Annen zum Frühstück, im Oktober bereits zum 191. Mal! Ich habe gerne eine Fraktionssitzung in Düsseldorf geschwänzt, um die Einladung anzunehmen. Trotz des schlechten Wetters war die Hütte richtig voll, und wir haben angeregt diskutiert — nicht nur über Landesthemen. Herzlichen Dank für die Einladung, es hat mir richtig gut gefallen.

**Jubilarehrung in Herdecke** Wir können es momentan überall lesen: 1969 war ein bedeutendes Jahr für die Sozialdemokratie, nicht nur aufgrund der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten und Willy Brandts zum Bundeskanzler. In diesem Jahr



sind auch besonders viele Menschen in unsere Partei eingetreten. Einige von ihnen, darunter BVB-Präsident Reinhard Rauball und Herdeckes Ex-Bürgermeister Hans-Werner Koch, wurden deshalb durch die SPD Herdecke und SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt. Auch auf diesem Wege noch einmal herzlichen Glückwunsch und vielen Dank an alle

geehrten Genoss\*innen für 50, 40 und 25 Jahre Engagement in der Herdecker Sozialdemokratie!

**Ehrung für Wahlhelfer\*innen** Kürzlich wurden Herdecker Wahlhelfer\*innen für ihr langjähriges Engagement ausgezeichnet. Auch wenn ich selbst dazu gehöre: Ich finde es unglaublich wichtig, dass sich Bürger\*innen regelmäßig bei der Organisation und Durchführung von Wahlen einbringen. Nicht nur suchen Verwaltungen derzeit händeringend nach Wahlhelfer\*innen, es ist auch ein wichtiges Element unserer Demokratie, dass die Stimmauszählung transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt.

**Besuch aus Witten** Kürzlich haben mich Mitglieder der Heimatfreunde Stockum/Düren e.V. sowie der SPD-Ortsvereine Hüllberg und Stockum in Düsseldorf besucht. Nach einer Führung durch den Landtag konnten meine Gäste auf der Besuchertribüne des Plenarsaals die letzten Diskussionsbeiträge zu unserem Antrag „Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen“ mitbekommen. In der anschließenden Gesprächsrunde mit mir ging es dann um Erwachsenenbildung, politische Öffentlichkeitsarbeit und die Aufgaben bestimmter Ministerien. Ich nehme einige Arbeitsaufträge mit und bedanke mich für den Besuch.



## Impressum

Dr. Nadja Büteführ MdL

Annenstr. 8  
58453 Witten  
02302 1767680  
nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
0211 8842292  
www.nadja-buetefuehr.de